

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

24.1.1863 (No. 20)

Die letzte Session wurde geschlossen, bevor für das Jahr 1862 das von der Verfassung vorgeschriebene Staatsgesetz festgestellt worden war; der Staatsentwurf für das Jahr 1863, welcher vor Ablauf des vorigen Jahres hätte vereinbart sein sollen, war zurückgezogen worden. Die Aufforderung an die Regierung Ew. Maj., diesen Etat noch rechtzeitig wieder vorzulegen, war ohne Erfolg geblieben.

Seidem haben die von Ew. Maj. berufenen Minister verfassungswidrig die Verwaltung ohne gesetzlichen Etat fortgeführt, und sogar, entgegen einer bestimmten Erklärung des Hauses der Abgeordneten, solche Ausgaben verfügt, welche durch Beschlüsse des Hauses definitiv und ausdrücklich abgelehnt waren.

Das oberste Recht der Volksvertretung, das der Ausgabebewilligung, war damit angegriffen, ein Recht, welches die Grundlage des konstitutionellen Staatslebens überhaupt ist, welches daher auch alle bestehenden konstitutionellen Verfassungen gewährleisten, und welches bisher, unter steter Anerkennung durch die Staatsregierung selbst, von der preussischen Volksvertretung gelbt war. Das Land sah mit Schrecken den ganzen Gewinn unserer bisherigen staatlichen Entwicklung in Frage gestellt. Es stand zu seinen Abgeordneten.

Nur eine kleine, der Nation seit lange entfremdete Minderheit hat, gestützt durch die Minister Ew. Majestät, bis zu den Stufen des Thrones die größten Verleumdungen gegen einen Faktor der Gesetzgebung getragen und den Versuch nicht gescheut, das Urtheil über Maß und Bedeutung klarer Verfassungsgesetze zu verwirren.

Gleichzeitig ist vielfach ein Mißbrauch der Regierungsgewalt, wie er in den trübsten Jahren vor dem Beginn der Regentschaft Ew. Maj. Statt fand, herbeigeführt. Es sind verfassungstreue Beamte, zumal solche, welche zugleich Abgeordnete waren, mit drückenden Maßregeln heimgesucht worden. Es ist die Presse verfolgt worden, wo sie für das Recht offen eintrat. Es ist der Versuch gemacht, die Ausübung unabweisbarer staatsbürgerlicher Rechte seitens nicht einberufenen Landwehrmänner durch unzulässige, außerhalb der Dienstordnung liegende Befehle militärischer Vorgesetzten zu hindern.

Ew. Königl. Majestät haben noch jüngst zu erklären geruht, daß Niemand an Allerhöchstem Willen zweifeln dürfe, die beschworene Verfassung aufrecht zu halten und zu schützen. In der That wagt Niemand, einen solchen Zweifel zu hegen; aber gestatten Ew. Maj., es offen auszusprechen, die Verfassung ist durch die Minister schon jetzt verletzt. Der Artikel 99 ist keine Wahrheit mehr. Das schwere Uebel einer budgetlosen Regierung ist über das Land gekommen. Und die neue Session hat begonnen, ohne daß durch ein thatsächliches Entgegenkommen der Regierung auch nur die Aussicht eröffnet wäre, es werde gelingen, die geregelte Handlung der Finanzen zurückzuführen und die Vertheilung wieder auf gesetzliche Grundlagen zu stützen.

Das Ausland sieht mit Staunen einen Konflikt sich verlängern, welcher die Achtung vor dem preussischen Namen mit jedem Tage tiefer berührt, welcher die Stimme der Regierung im Rath der Völker ihrer besten Kraft zu berauben droht. Es weiß wohl, daß Pflicht und Gewissen die preussische Volksvertretung zwingen, das Recht, welches die Verfassung ihr verleiht, ohne Abbruch, aber auch ohne Abbruch nach allen Seiten hin wahrzunehmen, und daß die Aussicht auf äußere Verwicklungen kein Mittel zur Ausgleichung unseres inneren Zerwürfnisses ist. Es weiß, daß Preußen seinen Einfluß in Deutschland und damit seine Stärke nur dann wieder gewinnen kann, wenn es zunächst bei sich verfassungsmäßige Ordnung herstellt und wenn es sodann das deutsche Volk und dessen Vertreter zur Mitwirkung an der staatlichen Einigung des großen Vaterlandes aufreißt.

Inmitten dieser Bedrängnis läßt das preussische Volk, welches in so vielen Gefahren erprobt ist, welches in Treue und Ausdauer von keinem andern übertroffen wird, nicht von der Hoffnung, daß Ew. Majestät Weisheit die ehrliche Stimme seiner gesetzlichen Vertreter zu unterscheiden wissen werde von dem Rathe derer, welche in dem Kampfe der Parteien ihre an sich ohnmächtigen Bestrebungen durch den erhabenen Namen Ew. Majestät zu bedecken und zu stützen sich bemühen.

Königl. Majestät! Unsere Stellung als Vertreter des Landes legt uns die gebieterische Pflicht auf, feierlich zu erklären, daß der innere Friede und die Kraft nach außen dem Lande nur durch die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen wieder gegeben werden können.

In tiefer Ehrfurcht verharren etc.
(Vorstehender Abrethentwurf ist jetzt von mehr als 200 Mitgliedern unterstügt. Mehrere Abgeordnete haben nachträglich unterzeichnet.)

Ein zweiter Antrag auf Einbringung der Adresse ist von dem Abg. v. Binkle (Stargard) und 20 Genossen eingebracht. Er ist im Wesentlichen eine Beantwortung der Thronrede. Beide Entwürfe werden verlesen. Abg. Reichenperger (Gelsen) wünscht sich zu ver sichern, daß der niederzulegenden Kommission auch eine später eingehende Adresse zuzuschicken werden würde. Der Präsident bejaht diese Frage und fordert die Abtheilungen auf, nach der heutigen Plenarsitzung die Adresskommission, und für das ausgeschiedene Mitglied der Budgetkommission, Dr. Rosch, ein neues Mitglied zu wählen. Der Rücktritt des Letztern erfolgte nach Mitteilung des Präsidenten wegen Arbeitsüberbürdung und körperlicher Anzerrung des Dr. Rosch.

Folgt nun eine Interpellation, beziehungsweise Beschwerde des Abg. Reichenperger, betr. zwei Erlasse des Landraths Olearius zu Langenbielau in Schlesien, veranlaßt durch die Arbeitsstörung in den Fabriken, worin der Interpellant, zusammengehalten mit ähnlichen anderweitigen Kundgebungen, eine Art Aufbegehren der Arbeiter gegen die Arbeitgeber erblickt. Der Minister d. J. Graf Eulenburg findet den Inhalt der Erlasse an sich nicht tadelnswürdig, erklärt jedoch die Ausdrucksweise für nicht gerechtfertigt. Insbesondere handle es sich nur um Mittheilungen an die Ortspolizeibehörde, die nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt gewesen seien. Uebrigens meldeten die neuesten Berichte aus Schlesien, daß die früheren Befürchtungen in dieser Sache sich erfreulicher Weise nicht erfüllen, und es müsse anerkannt werden, daß die Fabrikanten aus eigenem Antrieb den Verpflichtungen nachgekommen seien, wovon in diesen Erlassen die Rede gewesen. Zudem die Regierung diese Anerkennung ausspreche, dürfe sie auch Billigkeit in der Beurtheilung dieser Vorfälle verlangen. Nachdem nach Dunder, Parrisius, v. Vincke, Schulze (Delitzsch), Graf Bethusy-Huc sich an der Debatte theiligt, wird der Gegenstand verlassen.

Der Justizminister überreicht einen Gesetzentwurf, die Gewähr beim Verkauf von Hausstieren in den Hohenzol-

lern'schen Landen (Heiterkeit) und einen Entwurf, betreffend die Reisekosten und Diäten der Abgeordneten, sowie die Kosten für die Stellvertretung der Beamten, welche Abgeordnete sind. (Sensation.) Der Minister empfiehlt die Ernennung einer besondern Kommission von 17 Mitgliedern zur Vorberathung dieses Entwurfs. Hr. Zimmerman tritt dem Vorschlage bei und bittet möglichst strenge oder gar keine Beamte zu wählen, um ein ganz unparteiisches, unbefangenes Urtheil zu gewinnen. Zu Anfang der Sitzung überreichte noch der Abgeordnete Hobden einen Antrag auf Aufhebung des Waffengebrauchs der Grenzbeamten. (Schluß der Sitzung.)

Wien, 22. Jan. Aus Ungarn kommen heute, zum ersten Male und von einer Persönlichkeit, die dort einen Namen hat, positive und selbst im Detail, vielleicht vorläufig zu sehr im Detail, ausgearbeitete Verständigungsvoor schläge; das ist in der That ein Ereigniß, und alle Wiener Blätter ohne Unterschied, wie sie auch sonst zur Sache selbst urtheilen, würdigen es als solches.

Paul Somfich, dessen Briefe über das Ottobendiplom eini ein weites Echo gefunden, ist es, der mit diesen Vorschlägen an die Oeffentlichkeit tritt; ob im Namen einer konstituirten Partei oder einwetlen nur als Wortführer des unlängbar täglich wachsenden Bruchtheils der Bevölkerung, welche keine Lust hat, vor lauter formellen Spitzfindigkeiten nicht zum materiellen Wohlsein zu gelangen, erhebt zur Zeit noch nicht. Er geht davon aus, daß das Februarpatent für die Länder diesseits der Leitha eine unantastbare Errungenschaft sein und bleiben müsse, und er versucht, auf Grundlage dieses dem ungarischen Landtage als königliche Proposition zu überreichenden Patents, eine Ausgleichung in folgender Weise.

Ungarn, dem Kaiser von Oesterreich als seinem König untergeben, bleibt nach Inhalt seiner alten Verfassung selbstständig, soweit und sobald nicht Angelegenheiten in Frage stehen, welche die Wahrung der Oesterreichs und seine Beziehungen nach außen hin betreffen. Diese Angelegenheiten sind gemeinsam und unterstehen einer gemeinsamen Regierung, bei welcher in gleicher Weise das Ministerium für die nicht-ungarischen Länder und das ungarische Ministerium oder, falls ein solches nicht geschaffen werden wollte, die ungarischen Reichswürdenträger konstituiren. Aber auch eine gemeinsame parlamentarische Körperschaft gibt es; denn wenn auch die gemeinsamen Angelegenheiten zunächst dem oesterreichischen Reichsrath und dem ungarischen Landtage einzeln vorgelegt werden, und wenn, nachdem beide Körperschaften gleichlautende Beschlüsse gefaßt, diese Beschlüsse durch die hinzutretende Sanction der Krone gemeinsames Gesetz werden, so ist doch auch der Fall vorzusehen, wo die beiderseitigen Beschlüsse von einander abweichen werden. Hier soll ein „Reichsausgleich“ die Entscheidung haben, eine zu gleichen Theilen aus der oesterreichischen und der ungarischen Landesvertretung hervorgegangene Versammlung, im Ganzen 100 Köpfe stark, davon je 30 von und aus den beiderseitigen Körperschaften gewählt, Mitglieder des oesterreichischen Herrenhauses und der ungarischen Magnatentafel.

Das sind die Grundgedanken des Somfich'schen Vorschlags, dem übrigens wenigstens im großen Publikum eine verstopfte Aufmerksamkeit zugewendet wird, weil er mit neuen Gerüchten von dem entschiedenen Entschlusse des Staatsministeriums, an die Einberufung des ungarischen Landtags zu gehen, zusammenstößt. Und ganz grundlos scheinen diese Gerüchte nicht zu sein.

Frankreich.

Paris, 22. Jan. Der „Moniteur“ veröffentlicht den Entwurf eines dem Senate und sodann dem Gesetzgeb. Körper zu unterbreitenden Gesetzes, womit auf Vortrage der Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten jedem dieser Ministerien ein außerordentlicher Kredit von 2 Millionen 500,000 Fr. zu dem Behufe eröffnet wird, „entweder Subventionen für gemeinnützige kommunalarbeiten zu liefern, oder den Wohlthätigkeitsanstalten zu Hilfe zu kommen, oder endlich auf den Punkten, wo die Leiden der arbeitenden Klasse am höchsten sind, Arbeiten auf Kosten des Staats zu unternehmen.“ Die Minister glauben sich vorerst auf diese Summe beschränken zu sollen, „um übertriebene Begehren zu gestreuen und die Grenze und das Maß der Einmischung der Regierung zu bezeichnen.“ — Der „Moniteur“ widerlegt ferner die telegraphische Nachricht von Abberufung des französischen Konsuls in Neu-Orleans. Graf Mejean wurde nach Abreise des Generals Butler lediglich ermächtigt, von einem schon früher erhaltenen Urlaub Gebrauch zu machen. — Wie schon bemerkt, ließ der Polizeipräsident die vorhandenen Exemplare der Geschichte der Coude's vom Herzog von Amale wegnehmen. Heute erfährt man, daß der Herzog beabsichtigt, gegen den Polizeipräsidenten wegen dieser illegalen Beschlagnahme, ohne Mandat, ohne Protokoll, eine Klage anhängig zu machen und auf Herausgabe der konfisizirten Druckfahen anzutragen.

Der „Patrie“ zufolge ist es kaum zweifelhaft, daß hinsichtlich der serbischen Waffenfrage die Mächte, Angesichts des Wortlautes des Protokolls vom 6. Sept. 1859, werden anerkennen müssen, daß eine Verletzung der Uebereinkunft vom 19. Aug. nicht vorliege, und demzufolge die Absendung eines türkischen Kommissärs nach Butarest nicht stattfinden könne. Da übrigens die Waffen bereits in Serbien angelangt sind, so ist allerdings nicht abzusehen, wie der Kommissär der Pforte, die rumänische Regierung auffordern könnte, eine Maßregel zurückzunehmen, deren Folgen bereits nicht mehr in ihrem Bereiche liegen. Morgen oder übermorgen wird man darüber jedenfalls Näheres erfahren.

Nach Privatberichten aus London herrscht dort wegen der Zustände in Indien wieder einige Besorgnis, namentlich wegen der Unruhen, welche auf mehreren Punkten von Raddipootana ausgebrochen sind. — Der „France“ zufolge hat der amerikanische Gesandte in Rio de Janeiro seiner Regierung vorgeschlagen, der brasilianischen Regierung 50,000

durch den Bürgerkrieg emancipirte Neger zu 250 Doll. per Kopf zu überlassen. Hr. Seward schlug diesen Antrag für den Augenblick zwar aus, scheint aber dieses „Geschäft“ für später sehr „annehmbar“ zu erachten. — Demselben Blatt zufolge sieht man in Amerika nur ungern das Vertrauen, welches Präsident Lincoln dem General Butler schenkt, welchem er das Kommando der Mississippi-Armee angeboten haben soll. Butler ist in diesem Augenblicke der Held der Abolitionisten, und man fürchtet, daß Lincoln dieser mächtigen Partei jede Konzession machen wird. — Es scheint sich zu bestätigen, daß die Streitfrage wegen der Kuppel der Heil-Grabe-Kirche nun dennoch in einer zu Konstantinopel abzuhaltenden Konferenz geschlichtet werden soll. — Die Haltung der Börse, Anfangs sehr fest, war heute gegen den Schluß flau. Rente bleibt 70.05 nach 70.15. Nov. 1162 50 nach 1180. Ital. Anl. 70.40.

Belgien.

Brüssel, 21. Jan. (Köln. Bzg.) Der Herzog Ernst von Koburg-Gotha nimmt die griechische Kronkrone nicht an. Die englische Regierung ist bereits telegraphisch davon benachrichtigt worden. Die Rückreise des Herzogs nach Deutschland erfolgt heute Abend.

Ionische Inseln.

Triest, 20. Jan. Die Zeitungen aus Korfu vom 17. d. widersprechen entschieden der Behauptung, daß die Ionier die Vereinigung mit Griechenland nicht wollten; Demonstrationen in Korfu und Zante lieferten den deutlichen Gegenbeweis, und daß bisher nicht großartigere Kundgebungen stattgefunden, liege nur an dem Mißtrauen, das man gegen die Absichten Englands hege.

Ägypten.

Cairo, 21. Jan. Der Vizekönig hat (wie bereits gestern telegraphisch angedeutet) das Konsularkorps empfangen, dessen Vertreter folgende Rede an ihn richtete:

Das Konsularkorps hat die Ehre, Ew. Hoh. seine aufrichtigen Glückwünsche zu der glücklichen Thronbesteigung darzubringen. Jeder von uns hat die Ehre gehabt, Ew. Hoh. im Privatleben zu kennen; bei mehr als einer Gelegenheit haben wir Ihre ausgezeichneten Eigenschaften würdigen können. Sie wußten mit einer eben so würdigen als weisen Zurückhaltung zu vermeiden, sich während der letzten Regierung mit den öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen; Sie wußten das Recht Anderer zu achten und all Ihre Thätigkeit für die Verbesserung Ihrer weitläufigen Besitzungen zu widmen. Ew. Hoh. hat während der Regentschaft, zu der Sie berufen waren, dem Lande ein Beispiel musterhafter Verwaltung gegeben. Sie haben es damals verstanden, trotz der Schwierigkeiten Ihrer Stellung, die lebhaftesten Sympathien des Volkes zu gewinnen, deren Beschid Ihnen anvertraut war. In Ihren Beziehungen mit den Vertretern fremder Mächte haben Sie eine Festigkeit und einen Geist der Gerechtigkeit und Verschönllichkeit gezeigt, welche der ganzen europäischen Kolonie hohe Achtung eingefloßt haben. Dergleichen Antecedenten sind die beste Bürgschaft für die Zukunft. Die andern Mächte haben dasselbe Interesse wie Ägypten, ein durch seine geographische Lage wie durch seine Fruchtbarkeit und Reichthümer bedeutendes Land auf dem Wege des Fortschritts zu sehen. Die Entwicklung seines Handels und der übrigen Quellen seines Wohlstandes ist eben so vortheilhaft für die verschiedenen Nationalitäten, die wir vertreten, als für die Bewohner des Landes, welche Ew. Hohheit zu regieren berufen ist. Dieses gemeinsame Interesse kann nicht sicherer gewahrt werden, als durch den ersten und aufgeklärten Geist Ew. Hohheit. Das Konsularkorps ist davon tief überzeugt. Es vereinigt sich daher zu demselben und einzigen Wunsch: Möge der Himmel zum Wohl und Gedeihen Ägyptens während langer Jahre die Tage Ew. Hohheit beschützen!

Nachdem der Vizekönig dem Konsularkorps gedankt, drückte er sich folgendermaßen aus:

Ich erkenne die große Aufgabe, welche Gott mir anvertraut hat, indem er meinen Dank zu sich rief und mich an die Spitze der Regierung Ägyptens stellte. Ich hoffe dieselbe unter den Auspizien Sr. Kaiserl. Majestät, meines erhabenen Souveräns, würdig zu erfüllen. Ich bin fest entschlossen, m. H., dem Gedeihen des Landes, das ich zu regieren berufen bin, all die Ausdauer und Energie zu widmen, deren ich fähig bin. Die Grundlage jeder guten Verwaltung ist Ordnung und Sparsamkeit in den Finanzen. Diese Ordnung, diese Sparsamkeit werde ich auf jedem möglichen Wege erstreben, und um Allen ein Beispiel zu geben und Beweise meines festen Willens zu liefern, bin ich entschlossen, das von meinen Vorgängern besetzte System zu verlassen und mir eine Zivilliste festzusetzen, die ich nie überschreiten werde. Diese Maßregel wird es mir ermöglichen, der Entwicklung des Ackerbaues alle Hilfsmittel des Landes zu weihen. Ich werde so das unheilvolle System der Frohnarbeiten abschaffen können, das stets von der Regierung durchgeführt worden und welches der hauptsächlichste Grund, ich könnte sagen der einzige Grund ist, der das Land verhindert hat und noch verhindert, die ihm mögliche Entwicklung zu nehmen.

Der freie Handel wird bei diesen Maßregeln seine Rechnung finden und Wohlstand in allen Klassen der Bevölkerung verbreiten. Was die geistigen Interessen anbelangt, so werden der Unterricht, die Grundlage jedes Fortschritts, und unparteiische Gerechtigkeitsspflege, die Grundlage jeder Sicherheit meine ganze Sorgfalt in Anspruch nehmen. Ordnung in den Finanzen und der Verwaltung und eine gute Gerechtigkeitsspflege werden größere Leichtigkeit und Sicherheit in den Beziehungen Europa's mit diesem Lande hervorbringen. Ich hoffe, m. H., daß Sie, überzeugt von den Gefühlen, die mich besetzen, mir stets Ihren aufrichtigen und aufgeklärten Beistand leisten werden.

Der französische Konsul, Hr. v. Deaubal, ergriff darauf das Wort und bemerkte, die französische Regierung habe stets empfohlen, das Frohnsystem nicht bei den Arbeiten am Suezkanal in Anwendung zu bringen.

Der Vizekönig antwortete, er habe niemals Frankreich für geneigt gehalten, ein solches System zu begünstigen, und er habe nicht vom Suezkanal sprechen wollen.

Die Rede des Vizekönigs machte großen Eindruck; alle getroffenen Maßregeln deuten auf eine weise, aufgeklärte und zivilisatorische Regierung.

Cairo, 21. Jan. Ein Gesandter Sr. H. des Vizekönigs reist morgen auf einer ägyptischen Fregatte ab, um dem Sultan die Thronbesteigung Ismail Pascha's anzuzeigen.

Baden.

Karlsruhe, 22. Jan. (Landwirthsch. Centralaus- schuss. Neunte Sitzung, Nachmittags 4 Uhr.) Fortsetzung der Beratung über Beförderung des Baues und der Behandlung des Weins.

Der vierte Antrag: Man möge jährlich eine Weinnusterung mit Weinmarkt abhalten, wurde angenommen.

Der fünfte Antrag lautet: Die von Westien drohende Konkurrenz durch hohe Zölle, wenigstens 23 fl. die Ohm, schablos abzuwenden.

Dr. Schinzinger glaubt, daß 23 fl. die Ohm nicht hoch genug ist; er wünscht, der Zoll möge so hoch angenommen werden, daß die Oberländer Weine die Konkurrenz aushalten können.

Friedrich glaubt, daß man jetzt zu ängstlich ist, wie man es war, als Baden in den Zollverein eintrat; man meinte damals, der badi- sche Weinbau würde nicht fortbestehen können, und doch wird man an- nehmen dürfen, daß gerade seit damals der Weinbau einen größern Aufschwung genommen und mit mehr Sorgfalt betrieben wurde. Red- ner nimmt an, daß die französischen Weine nicht dazu angethan sind, unseren Weinen große Konkurrenz zu machen. Es wurde schon be- hauptet, daß die französischen Weine sehr stark sind, deshalb verwen- det werden, um sie mit den leichteren deutschen Weinen zu mischen; allein dann werden auch unsere Weine nach Frankreich geführt werden, um mit dem starken Wein gemischt zu werden. Schon früher, selbst bei dem größten Eingangszoll, war Letzteres der Fall. Ferner haben wir bei dem Vertrag nicht allein die Ausfuhr nach Frankreich, sondern auch nach England und Belgien.

Wir müssen noch sein auf unsere guten Weine, und nicht jede Kon- kurrenz befürchten.

Hr. Roder glaubt ebenfalls, daß in Folge des Vertrags besonders unsere leichteren Weine einen größern Absatz finden werden.

Hr. Kotttra würde dafür sein, wenn überhaupt eine Handelsfrei- heit bestände. Wir haben nicht bloß die Konkurrenz von Westien, sondern auch jene von Oden, von Ungarn, zu befürchten, sobald die Eisenbahn Verbindung fertig ist. Die Gefahr liegt weniger in der Ein- fuhr der Elässer Weine, als vielmehr in der Einfuhr der Weine aus Südranckreich, wo sehr starke und billige Weine gebaut werden.

Hr. Dr. Schinzinger führt an, daß im Oberland für 5/2 Millionen Wein gebaut werde, der unterstützt werden soll. Im süd- lichen Frankreich werden so starke Weine mit so wenig Kosten gebaut, daß sie zu Cognac verwendet werden. Wenn die roten Weine ohne großen Zoll eingeführt werden können, so wird gewiß unser Weinbau sehr Noth leiden.

Hr. Friedrich nimmt an, daß man, wo neue Reberge ange- legt werden, sie überall, wo es geeignet ist, mit edlen Rebsorten an- baut.

Hr. Dr. Schinzinger stellt den Antrag: Die Kommission möge den Wunsch aussprechen, daß für Rothweine der Eingangszoll höher als auf 23 fl., etwa auf 36 fl. festgesetzt werde. Dieser Antrag wurde abgelehnt und der Kommissionsantrag, der Eingangszoll möge nicht unter 23 fl. betragen, angenommen.

Der letzte Antrag der Kommission, die Uebergangsteuer nach Nord- deutschland möge beseitigt werden, wurde einstimmig angenommen.

Hr. Schmid wünscht Gemeindefaktoren, wogegen Hr. Fried- rich bemerkt, daß früher allgemeine Kellern bestanden, die aber meist eingegangen sind. Jeder Rebbesitzer soll eine Presse besitzen, die so nöthig ist als das Faß.

Hr. Kotttra empfiehlt besonders die kleinen Kellern, wie sie in seinem Bezirk in Anwendung sind; er wünscht, daß man solche an- kauft und verleiht.

Hr. Schmid empfiehlt die Herbst- und Weinbehandlungs-Genossen- schaften, wie sie in Württemberg eingeführt sind. Durch die gemein- schaftlichen Krotten sollen besonders die armen Landwirthe unterstützt werden; es sollen deshalb durch die Gemeinden und die Centralstelle Beischnisse gegeben werden. Er beantragt es nicht für alle Orte, son- dern nur da, wo es nöthig ist.

Hr. Schmidt wünscht, daß die kleinen Besizer vereint unterstützt, also die Assoziationen befördert werden sollen, weil dadurch die Kraft und Redlichkeit auch der kleinen Besizer zur Wirkung gelangt; doch sollen solche Vereinigungen so viel als möglich auf Selbsthilfe gegrün- det sein.

Hr. Duttlinger spricht gegen den Ankauf von Pressen durch die Centralstelle. Wenn es durch die Bezirksvereine geschieht, hat er nichts dagegen.

Der Vorsitzende erklärt, daß man sich schon mit dem Gedanken beschäftigt habe, besonders gute Pressen als Muster zu kaufen. Man ist jedoch noch nicht einig, welche die gezeigten sind. Der Antrag des Hrn. Schmid: „es mögen mit Unterstützung durch die Gemeinde und die Centralstelle an Orten, wo es nöthig ist, allgemeine Pressen auf- gestellt werden,“ wurde abgelehnt.

Der Antrag des Hrn. Kotttra: „die Bezirksvereine mögen die ge- eigneten Pressen ermitteln und für deren Verbreitung sorgen,“ wurde angenommen.

Hr. Schmidt: Zur Hebung des Weinbaues bei ärmern Besizern mögen die Bezirksvereine Genossenschaften zu gemeinsamer Kelterung und Weinbehandlung unterstützen.

Hr. Friedrich hält dies für schön, aber schwierig. Die kleinen Besizer werden durch ihre Eifersucht es selbst erschweren. Der Antrag des Hrn. Schmid wurde einstimmig angenommen.

Hr. Kotttra bemerkt, daß eine Broschüre von Emmendingen eine Erleichterung der für Fremde so lästigen Kontrollmaßregeln wünscht.

Der Vorsitzende erklärt, daß die Centralstelle sich in Emmendingen erkundigen und sich geeigneten Falls mit dem Finanzministerium ins Benehmen setzen wird.

Hr. Link wünscht, daß die Theilung der Rebsäcke beschränkt werde, wie es bei den Feldern der Fall ist; er schlägt als kleinstes Stück 1/16 Morgen vor. Der Vorschlag wurde abgelehnt.

Man ging zur Beratung über den Unterricht in der Volksschule über.

Hr. Dr. Herth trägt darauf an, der landw. Unterricht möge in die Volksschule eingeführt werden. Er weist auf die großen Fortschritte in den Naturwissenschaften hin und wünscht, daß auch die Intelligenz der landw. Jugend gehoben werden möge. Den Landwirthen allein reicht noch die nöthige Vorbildung für den künftigen Beruf. Es sind nur der Vater und die Knechte, die den jungen Landwirth im landwirthsch. Dingen unterrichten. Eine Vorbildung für den künftigen Beruf sollte deshalb in die Volksschule eingeführt werden. Dabei wünscht die Einem, daß ein landw. Fachunterricht in die Volksschule eingeführt werden soll, allein die Schüler sind noch nicht reif genug dazu, und es würde mehr Widerwille als Interesse für die Sache erzeugt werden. Die An-

bern wollen in der Volksschule keinen landw. Fachunterricht, sondern nur eine dem Alter und Bedürfnis der Schüler angepasste Natur- lehre; dieser wird die andern Fächer nicht beeinträchtigen, sondern unter- stützen. Für diese letztere Ansicht spricht sich Redner aus; der eigentliche Fachunterricht möge an die Fortbildungsschule verwiesen werden. Bei diesem Unterricht in der Naturlehre gehe man nur so weit, als sie Bezug auf die Landwirthschaft hat, oder zum Verständnis nöthig ist.

Beispiele werden beim Unterricht nur solche aus der Landwirthschaft selbst gewählt.

Redner schlägt vor:

1. Landwirthschaftlicher Unterricht. In der Volksschule soll landw. Unterricht erteilt werden.

Die Volksschule zerfällt in die Elementar- und Fortbildungsschule.

1) In der Elementarschule ist ein grundlegender Unterricht in der Na- turwissenschaft, mit Rücksicht auf die Landwirthschaft, zu erteilen.

2) Bei der neuen Einrichtung des Volksschulwesens ist es unumgäng- lich nöthig, daß vorgenannter Unterrichtsgegenstand unter die vom Gesetz angeordneten Hauptfächer aufgenommen und nicht als bloßes Nebenfach behandelt werde.

3) Die bisherige Fortbildungsschule ist, um auch den gering- sten Dörfern die Wohlthat des landw. Unterrichts in erfolgreicher Weise angeheben zu lassen, zu einer landw. Fachschule zu erheben. Es ist daher nöthig, daß bei Ausarbeitung des neuen Lehrplanes landwirthschaftlich gebildete Männer vom Fach des Unterrichtswesens zugezogen werden.

II. Bildung der Lehrer.

1) Hinsichtlich der Bildung künftiger Lehrer halten wir für unerlässlich, daß die jungen Leute, welche in das Seminar eintreten wollen, eine höhere Bürgerschule oder eine ihr entsprechende Anstalt besucht haben; unter dieser Voraussetzung kann bei einem dreijährigen Kursus im Se- minar der Unterricht in der Naturwissenschaft und insbesondere der Land- wirthschaft ein ausreichender werden.

2) Um die bereits angestellten Lehrer zur Ertheilung des landw. Un- terrichts zu befähigen, müssen Lehrkurse durch Wanderlehrer eingerichtet werden.

Hr. Jung spricht sich über den Unterricht in den Volksschulen dahin aus, daß er nicht ein landwirthschaftlicher, sondern nur ein solcher sei, der auf Ursache und Wirkung hinweist; die Landwirthschaft sei als An- wendung der Naturlehre zu betrachten. Der Fachunterricht sei in die Fortbildungsschule zu verweisen. Man gebe den jungen Landwirthen Das, was man den Gewerbetreibenden in den Gewerkschulen gibt; dann werden Erzieher mit Freude diese Schule benutzen.

Hr. Dr. Schinzinger wünscht, daß die Unterrichtsfrage der kurzen Zeit halber beim nächsten Centralauschuss besprochen werden möge; er stimmt aber den ausgesprochenen Grundätzen über landw. Unterricht in den Volksschulen bei.

Hr. Pfarrer Schmid empfiehlt lebhaft, die älteren Lehrer durch Wanderlehrer in landw. Dingen unterrichten zu lassen.

Der Antrag, diese Vorschläge mögen Satz für Satz beraten werden, wurde abgelehnt.

Der Antrag, die Centralstelle möge dahin wirken, daß die Oberschul- behörde bei der Organisation der Volksschulen Sachverständige aus der Landwirthschaft beziehe, wurde angenommen.

Schluß der Sitzung Abends 7/4 Uhr.

Karlsruhe, 22. Jan. Der Korrespondent der Nr. 20 der „Allgem. Zig.“ hat sich erlaubt, diesem Blatt mit thörichtester Rück- sichtslosigkeit und Unhöflichkeit unwahre Nachrichten über das Po- lytechnikum mitzutheilen. Der letztere Vorwurf trifft die Notiz über Professor Eckardt, der erstere die über Hofrath Redtenbacher. Unhöflichkeit, sinnlos und unwahr ist die Behauptung, daß eine Absicht höchsten Orts, an Pöhllein's Stelle den Professor Eckardt anzustellen, an einem Beschluß des Lehrpersonals gescheitert sei. Wir wollen da- hingestellt sein lassen, ob einmal von dem Ministerium des Innern, dem das Polytechnikum untersteht, die Frage angeregt wurde, in wie fern sich Eckardt zum Nachfolger des Prof. Pöhllein eignen könne, welcher sich um eine Stelle bei dem hiesigen Lyceum beworben haben soll. Jedenfalls ist gewiß, daß das Lehrpersonal des Polytechnikums niemals veranlaßt ward, sich über diese Frage auszusprechen, oder gar in Opposition mit der Regierung einen Beschluß darüber gefaßt hat oder selbst nur fassen konnte, welcher deren angeleglichste Absichten scheitern machte. Die Freude, die der tendenziöse Artikelsschreiber über diese Oppositionshaltung des Lehrpersonals bezeugt, ist daher lediglich eine solche, die er seiner eigenen unwahren Erfindung oder der seiner Par- teigenossen verdankt. Für die Beurtheilung der „Allg. Zig.“ ist der Besitz eines Korrespondenten nicht sehr günstig, welcher Nachrichten gibt, deren Wahrheit zu ermitteln hier jedem anständigen Manne bei dem zahlreichen Lehrpersonal des Polytechnikums so leicht gewesen wäre.

Was Hofrath Redtenbacher betrifft, so hat er sich zur Herstellung seiner angegriffenen Gesundheit genöthigt gesehen, das Direktorium der poly- technischen Schule niederzulegen und vorerst seine Lehrtätigkeit einzu- stellen. Den theoretischen Theil seines Unterrichts hat der als ausge- zeichneter Lehrer geschätzte Professor Dr. Schell einstweilen übernom- men, die praktischen Übungen werden von den beiden durch Redten- bacher selbst herangebildeten bewährten Konstrukteuren geleitet, und außer- dem wird noch eine Hilfskraft beigezogen. Aber unwahr ist, wie wir mit Bestimmtheit glauben versichern zu können, daß auf einen Nachfol- ger Bedacht genommen und ein Lehrer von Zürich oder sonstwoher in dieser Angelegenheit nach Karlsruhe zu reisen veranlaßt oder mit einem solchen in dieser Angelegenheit Rücksprache genommen worden ist. Eine unwahre öffentliche Mittheilung dieser Art ist mindestens rücksichtslos. Möge der hochverdiente Mann, der dabei in Frage steht, seiner Berufs- tätigkeit, welcher er mit ganzer Seele zugethan ist, recht bald und in voller Kraft wieder zurückgegeben werden.

Konstanz, 21. Jan. Seit lange erleben wir hier keinen so starken Sturm mehr, wie vorgestern und gestern. Er wüthete so heftig, daß die Dampfboote in ihren regelmäßigen Fahrten gehindert wurden. In Meersburg war es, wie man hört, keine Möglichkeit zu landen. Heute hat er sich gelegt und der Schnee fällt in Masse. Von Unglücks- fällen weiß man bis jetzt nichts. Im Lauf des gestrigen Tages in Fugels- hofen, einem zwei Stunden von hier entfernten Schweizer Dorfe, brannte ein Haus mit Scheuer ab. Ob der Sturm die Ursache des Brandes war, ist unbekannt. — Die Stadtbehörde hat bereits die zur Eröffnung der Eisenbahn zu veranstaltenden Festlichkeiten in Beratung ge- zogen. Da der Theateraal zur Zeit nicht gebraucht werden kann, soll der Conciliumsaal mit den nöthigen Herrichtungen das Festloal ab- geben.

Vermischte Nachrichten.

* London, 21. Jan. Der gestrige fürchterbare Orkan hatte auf

die Themse eine merkwürdige Wirkung. Der Wind besüßelte die Geschwindigkeit der Ebbe und trieb gewissermaßen das Wasser aus dem Flußbette, so daß einzelne Stellen ganz trocken lagen und mehrere Inseln oder Sandbänke auf kurze Zeit hervortraten. Nicht weit von der Westminster-Brücke ließen einmal nicht weniger als 4 Dampfer im selben Augenblick auf und die Passagiere mußten in Rachen an's Ufer ge- rübert werden. Auf der Blackfriars-Brücke zerriff der Wind, zum Schrecken von Fußgängern und Omnibuspassagieren, plötzlich einen Telegraphendraht, der aber glücklicher Weise in's Wasser fiel, ohne Je- mand zu beschädigen. Bei einer frühern Gelegenheit wurde ein Mann durch solch' ein Drahtende vom Dach eines Omnibus geschleudert und getödtet. Die Zahl der Unfälle war nicht gering. In Southwark schlug ein fallender Schornstein das Dach eines kleinen Hauses sammt einer Zimmerbede durch und verschüttete eine ganze im Bett liegende Familie. Eine Frau kam dabei um's Leben. Mehrere Personen — Schiffer und Flußarbeiter — ertranken. — In Dover fürchtet man, in Folge der Verheerungen, welche die sturmgepeitschte See anrichtete, den Verlust der Promenade und des Badeplatzes. Sandown Castle (eine alte kleine Küstenbefestigung bei Fossestone) soll der Sturm so erschüttert ha- ben, daß es für baufällig gilt. Die Besatzung erwartet jede Stunde den Befehl zur Räumung, und mehrere der Geschütze sind aus der Feste schon nach Dover geschafft worden.

Karlsruhe, 23. Jan. (Großh. Hoftheater.) Das Gastspiel des Hrn. Löwe in den beiden letzten Schauspielvorstellungen gab uns Gelegenheit, in demselben ein bedeutendes und bereits auf einer hohen Stufe künstlerischer Entwicklung angelangtes Talent kennen zu lernen. Mit einer ungewöhnlichen Individualitätsstrahlung verbindet der Gast einen feinen schauspielerischen Takt, der ihn keine, die Wirkung vervollständigende Nuance übersehen und andererseits jede ungebührige Zuthat jedes Zuviel vermeiden läßt. Traj er in der Rolle des Kopisten Pernet den vollen, warmen Gefühlston auf das Beste, lieferte er als Zypel- berger eine Charge, die auch vor einem Publikum, welches Mayer- hofers Leistung in dieser Partie noch in frischem Andenken hat, ihrer drahtischen Wirkung nicht verfehlt, so war seine Darstellung des adel- lichen Sonderlings Hochferrier ein kleines Meisterstück feinsten Charak- terzeichnung, und war der Künstler in jedem der drei einaktigen Stücke des ersten Abends ein so völlig Anderer in Ton, Erscheinung, Haltung und Gebardenpiel, daß nichts in einer der drei Rollen an den Darsteller der beiden anderen erinnerte. Eine noch bedeutendere Bewöhrung fan- den wir in Hrn. Löwe's Leistung als Hofmarschall v. Kalb. Durch künstlerisches Maß geläuterte Naturwahrheit und feine, verständnis- volle Durcharbeitung ist allen seinen bisher hier gesehenen Leistungen nachzuräumen, welche die beiden Gastspielabende zu vorzugsweise ge- nügsreichen machten und vom Publikum mit sichtlicher Genugthuung aufgenommen wurden. Wir werden seiner Zeit auf das Gastspiel des Hrn. Löwe ausführlicher zurückkommen.

Eingekandt.

Karlsruhe, 21. Jan. Je näher der Tag der Deputirten- wahl heranrückt, desto eifriger wird, sowohl in öffentlichen Blättern, als in Privatkreisen über die verschiedenen Kandidaten zu derselben ver- handelt. Wir glauben, indem wir in Nachstehendem unsere Ansicht über die Kandidaten aussprechen, zugleich im Sinn vieler Wahlmänner zu handeln. Vor Allem müssen wir daran festhalten, daß der Kandidat aus der Bürgerschaft selbst genommen werde, und zwar schon deswegen, weil der eine Deputirte der Stadt in der Person des Hrn. Geh. Ref. Diez aus der Zahl der staatsbürgerlichen Einwohner genommen wurde; der zweite Depu- tirte der Stadt, Hr. Hofgerichtsadvokat Kufel, ist zwar Bürger hier, hat aber seinen Wohnsitz in Bruchsal, und ist deswegen gar nicht im Verkeh- re mit der Bürgerschaft. Um so mehr müssen wir darauf sehen, daß der zu wählende dritte Abgeordnete der Stadt ein hier wohnender, mit den Ver- hältnissen der Stadt und Bürgerschaft vertrauter Mann sei. Es wäre auch gewiß ein großes Armuthszeugniß, wenn bei einer Anzahl von ca. 3000 Bürgern nicht ein Bürger zu finden wäre, der nicht nach allen Seiten hin die Stadt würdig vertreten könnte, und wir glauben, daß wir solcher Männer nicht nur einen, sondern mehrere haben.

Für einen der würdigsten und tüchtigsten halten wir Hrn. Oberbürger- meister Malisch. Zwar hörten wir schon von verschiedenen Seiten, Hr. Malisch wolle die Stelle eines Abgeordneten nicht annehmen; der Grund seiner Weigerung soll der sein, daß er fürchte, seinen Obliegenheiten als Bürgermeister nicht nachkommen zu können. Nun sind aber die HH. Oberbürgermeister von Mannheim, Heidelberg und Freiburg Mitglieder der Kammer und finden während der Landtagsperiode Ersatzmänner. Hr. Malisch wird um so eher einen finden, da er ja hier an seinem Amte- sitze bleibt und deswegen die Oberleitung der Geschäfte beibehalten kann. Wenn je, wie Hr. Hofrath Bluntzschl in der letzten Saison andeutete, eine Reorganisation der Ersten Kammer vorgenommen werden sollte, so würden wahrscheinlich die Oberbürgermeister der größern Städte einen Sitz in der Ersten Kammer bekommen und müßte ja dann auch der jeweilige Oberbürgermeister während der Kammerferien einen Stellvertreter haben. Da wir nun, wie oben gesagt, fest darauf halten, nur einen bürgerlichen Kandidaten zu wäh- len (indem überhaupt die Zahl der Staatsdiener in der Kammer sehr groß ist), so können wir uns nicht dazu verstehen, die Kandidatur des Hrn. Oberbaurath Gerwig zu unterstützen, sondern müssen sie ent- schieden bekämpfen. Etwas Anderes wäre es, wenn der staatsbürger- liche Vertreter der Stadt ausgetreten wäre; dann würden wir eben so entschieden die Kandidatur des Hrn. Gerwig unterstützen, da Hr. Ger- wig, dessen früheres politisches Leben uns bekannt ist, und gegen dessen Prinzipien und Person wir durchaus keine Gründe der Unzufriedenheit haben, uns in diesem Falle als Vertreter von Karlsruhe vollkommen ent- sprechen würde; nur müßten wir sicher sein, daß ihn seine auswärtigen Amtsgeschäfte nicht zu sehr an der Ausübung seiner Pflicht als Deputir- ten hindern würden.

Von den übrigen Kandidaten, die uns bisher genannt wurden, scheint uns keiner als Dr. Polmann ernstlich in Aussicht genommen zu sein. Sollte nun — was wir nicht hoffen wollen — Hr. Malisch durch die oben angeführten Gründe nicht zu bestimmen sein, die Wahl anzu- nehmen, so müßten wir Hrn. Holzmann's Kandidatur unterstützen, der durch die Gründung des Vorshufvereins und des Arbeiterbildungs-Ver- eins, sowie durch seine Thätigkeit im Gewerbe- und anderen Vereinen sich große Verdienste um Karlsruhe erworben hat, und den wir auch sonst als charakterfesten und gebiegnen Mann kennen gelernt haben.

Ein Wahlmann.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

